

Wir sollten die schulische Bildung stärken

Die Berufsbildung verliert an Terrain, während die allgemeinbildende Sekundarstufe II wächst. Die Verantwortlichen nehmen den Trend mit Sorge zur Kenntnis, aber ihre Massnahmen reichen zur Stärkung der beruflichen Grundbildung nicht aus. Wichtig wäre es auch, den Bedeutungsverlust der schulischen Bildung durch die Reformen der letzten Jahre rückgängig zu machen und den Lernort Berufsfachschule wieder zu stärken. Der berufskundliche Unterricht sollte in einen «berufsübergreifenden Grundlagenbereich» und einen «berufsspezifischen Vertiefungsbereich» gegliedert werden.

Prof. Dr. Markus Maurer ist Professor für Berufspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Zürich und als Dozent in der Ausbildung von Berufsschullehrpersonen tätig.

In der Diskussion über die Berufsbildung zur Schweiz ist seit Längerem ein grösseres Paradox festzustellen: Einerseits geniesst sie, insbesondere in Form der dualen Berufslehre, grosse Unterstützung in Politik und Wirtschaft, denn sie leistet einen zentralen Beitrag zur nachfrageorientierten Ausbildung von Fachkräften und zur Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Dieses Modell hat, darauf wird gern verwiesen, im internationalen Umfeld grosses Gewicht.

Andererseits aber ist die berufliche Grundbildung, sei sie dual oder schulisch organisiert, stark unter Druck: Der Anteil an jungen Menschen, die auf der Sekundarstufe II eine solche Ausbildung absolvieren, nimmt seit Jahrzehnten ab. Der Bildungsbericht 2023 zeigt, dass sich das Wachstum des Anteils der allgemeinbildenden Ausbildungen auf der Sekundarstufe II im letzten Jahrzehnt weiter akzentuiert hat (SKBF, 2023). Im Unterschied zu früher kann dieses Wachstum zu einem wesentlichen Teil weniger auf das zunehmende Gewicht der Gymnasien als das der Fachmittelschulen zurückgeführt werden. Die Berufsbildung verliert dabei nicht nur in der lateinischen Schweiz und im urban geprägten Kanton Basel-Stadt an Gewicht, sondern auch etwa im stark von internationalen Unternehmen geprägten Kanton Zug. Einige Beobachter befürchten, dass sich diese Entwicklung weiter beschleunigen und an einen Kipppunkt gelangen könnte – die Berufsbildung würde zu einer sozial stigmatisierten Ausbildungsform (Marti, 2023).

Vor diesem Hintergrund werden jene Kantone kritisiert, die den Zugang zur Allgemeinbildung verbreitern – durch die Schaffung eines grösseren Angebots und durch Anpassungen der Zugangsregelungen. Doch diese Kantone reagieren ganz einfach auf den politischen Druck einzelner politischer Akteure und die wachsende gesellschaftliche Nachfrage nach Bildungsangeboten, die im Vergleich zu jenen der Berufsbildung als attraktiver gelten – etwa weil sie mehr Ferien bieten, den Berufsentscheid hinauszögern lassen, primär auf ein Hochschulstudium vorbereiten, Aussicht auf höhere Löhne suggerieren oder einfach eine breitere Form der Bildung anbieten.

Anregungen dazu, wie die Berufsbildung dieser Herausforderung begegnen sollte, gibt es viele: So wird etwa über mehr Ferien für Berufslernende nachgedacht oder über höhere Löhne – und seit Längerem sind die zentralen Akteure der Berufsbildung der Auffassung, dass die Einführung neuer Titel («Professional Bachelor» und «Professional Master») die Öffentlichkeit von den Möglichkeiten überzeugen könnte, welche die Berufsbildung jungen Menschen bietet (JUSO Schweiz, 2024; Leutenegger, 2022; SBFI, 2024). Hier allerdings soll die Auffassung vertreten

werden, dass solche Massnahmen nicht ausreichen werden. Es bräuchte auch die Einsicht, dass der Bildungsauftrag der Berufsfachschule von den für die Berufsbildung verantwortlichen Gremien wieder ernster genommen werden sollte. Dies soll zunächst mithilfe einer historischen Rückschau verdeutlicht werden.

Die Entwicklung des Lernorts Berufsfachschule

Bereits die Ausbildung in den mittelalterlichen Zünften war, ähnlich wie heute, reglementiert, etwa über die Abschlüsse, welche durch Gesellen- und Meisterprüfungen erworben wurden. Die Ausbildung beschränkte sich aber auf *on-the job training*, der Lernort Schule war nicht Teil davon. Dies änderte sich ab Ende des 18. Jahrhunderts, als im Kontext der Expansion des Volksschulwesens auch Fortbildungsschulen entstanden, die von Lehrlingen und Berufsleuten zunächst freiwillig genutzt wurden. Entscheidend war dann aber die wirtschaftliche Krise der 1870er-Jahre. Weil vor allem das Gewerbe die Konkurrenz aus dem Ausland spürte, setzte sich die Auffassung durch, dass Berufsleute zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit mehr schulische Bildung bräuchten; deshalb begann ab dieser Zeit auch der Bund schrittweise Berufsschulen finanziell zu unterstützen (Gonon & Maurer, 2012; Wettstein, 2020).

In diesen Jahren etablierten sich zudem Lehrabschlussprüfungen, an denen die Berufsleute nicht nur praktische Fertigkeiten, sondern auch theoretisches Wissen unter Beweis stellen mussten. Auf diese Weise entwickelte sich Schritt für Schritt die duale Berufsbildung in der Schweiz, die dann während des 20. Jahrhunderts stark expandieren und zur Standardausbildung des Schweizer Mittelstands werden sollte. Zweifellos wäre diese Expansion nicht möglich gewesen ohne diese Integration der schulischen Ausbildung.

Ab Ende der 1980er-Jahre geriet die Berufsbildung jedoch in eine grosse Krise: Der im Kontext der zunehmenden Globalisierung sich verschärfende Strukturwandel führte zu einem Abbau von Arbeitsplätzen besonders in der Industrie – und folglich auch zu einem drastischen Rückgang an Lehrstellen (Wettstein & Gonon, 2009). Diese Krise liess die Politik ein umfassendes Paket mit direkten Unterstützungsmassnahmen schnüren und resultierte schliesslich in der Revision des Berufsbildungsgesetzes (Strahm, 2008). Einige Akteure plädierten dabei für eine sehr umfassende Reform, die die schulische Bildung weiter gestärkt hätte. Sie verwiesen dabei nicht nur auf den Strukturwandel, sondern auch auf die wachsende Mobilität von Arbeitnehmenden zwischen Berufen und Berufsfeldern sowie auf die Tatsache, dass Karrieren zunehmend nicht nur gute Performanz (z.B. auch Loyalität) im Betrieb, sondern auch weiterführende Aus-/Weiterbildungen erforderten. Diese Akteure setzten sich aber nicht durch – die Revision führte im Wesentlichen zu einer Stärkung des Bestehenden (Trampusch, 2010).

Nicht zuletzt auch mit Blick auf die erwähnten Trends machte das revidierte Berufsbildungsgesetz dennoch deutlich, dass sich gerade die berufliche Grundbildung in einem Spannungsfeld befindet – dass sie nämlich einerseits vorbereiten soll auf eine Anstellung im Lehrberuf, andererseits aber auch auf das Leben ausserhalb eines solchen Berufs in Arbeitsmarkt, Gesellschaft und im Privaten. So soll die Grundbildung nicht nur «berufsspezifische[...] Qualifikationen» vermitteln, sondern auch die «Fähigkeit und [...] Bereitschaft zum lebenslangen Lernen» sowie «grundlegende [...] Allgemeinbildung» (Art. 15 BBG). Notiert wurde im BBG zudem, dass die Berufsfachschule die «theoretische[n] Grundlagen der Berufsausübung» vermitteln sollte sowie über einen «eigenständigen Bildungsauftrag» (Art. 21 BBG) verfüge (Bundesversammlung, 2002).

Reformen der beruflichen Grundbildung

Wie hat sich die Grundbildung nun aber in den letzten Jahren zu diesem Spannungsfeld verhalten? Blickt man auf jüngere Berufsreformen und dabei insbesondere auf die Vorgaben zu den Berufsfachschulen, ist zweifellos die Einführung der Handlungskompetenz-Orientierung (HKO) als besonders zentrale Entwicklung zu sehen. Mit Verweis auf diesen Ansatz der Curriculum-Entwicklung wurden im berufskundlichen Teil der schulischen Bildung schrittweise Fächer abgeschafft und Fachwissen vor allem mit Blick auf typische berufliche Handlungssituationen ausgewählt. In Zusammenhang mit der Abschaffung von Fächern haben auch überfachliche Kompetenzen eine grössere Bedeutung erhalten, und in einzelnen Berufen, so etwa in der Informatik, wurde die Zahl der Schullektionen reduziert. In gewissen Berufsfeldern wurden die unterschiedlichen Leistungsprofile wieder abgeschafft (z.B. in der kaufmännischen Grundbildung oder in den MEM-Berufen). Schliesslich verschwanden in einigen Berufen – nicht zuletzt unter Verweis auf die HKO, aber auch mit Blick auf die je nach Beruf relativ hohen Nichtbestehens-Quoten – theoretische Abschlussprüfungen, in einigen stehen sie aktuell zur Disposition (auch im ABU).

Aus etwas Distanz lässt sich zweifellos argumentieren, dass bei diesen jüngeren Reformen die Bemühung im Vordergrund stand, junge Menschen noch besser und gezielter auf die Anstellung im Lehrberuf vorzubereiten. Diese Orientierung und die Relativierung disziplinär organisierten Fachwissens mag aus betriebswirtschaftlicher Optik Sinn ergeben, und sie mag auch mit Blick auf soziale Ziele sinnvoll erscheinen. So zeigen sich die Verbundpartner der Berufsbildung mit der eingeschlagenen Richtung der Reformen im Wesentlichen einverstanden: Betriebe und Organisationen der Arbeitswelt (OdA) begrüssen es, wenn der Unterricht an der Berufsfachschule möglichst starke Bezüge zur berufspraktischen Ausbildung in den Betrieben und den überbetrieblichen Kursen aufweist. Und auch die Tatsache, dass der Abbau klassischer Fächer die Hürden für einen Berufs- oder Branchenwechsel (z.B. über die BM 2) wohl eher erhöhen ist – auch wenn man darüber nicht sehr gerne spricht – ebenfalls im Sinne zahlreicher Lehrbetriebe. Schliesslich sind diese Entwicklungen auch aus gewerkschaftlicher Sicht wenig kritisch, denn letztlich erhöht sich insgesamt die Zugänglichkeit der Abschlüsse. Dies dürften auch Bund und Kantone sinnvoll finden, die schon lange das Ziel verfolgen, auf der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95% zu erreichen (EDK, 2006) – eine Ambition, die primär über eine Erhöhung der Anzahl Abschlüsse der beruflichen Grundbildung erreicht werden soll.

Dennoch müssen die Reformen der letzten Jahre auch kritisch gesehen werden. Es ist zwar spekulativ anzunehmen, dass zwischen dem Rückgang des Anteils der beruflichen Grundbildung auf der Sekundarstufe II und den dargestellten Reformen ein direkter Zusammenhang besteht. Dennoch erscheint unklar, ob die verstärkte Ausrichtung schulischen Lernens auf betriebliche Zwecke insgesamt zu einer Erhöhung der öffentlichen Glaubwürdigkeit der Berufsbildung beitragen – oder ob sie ihr letztlich nicht schaden.

Unklar erscheint dabei vor allem, ob die Berufsbildung als Ganze die Sorgen der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den beschriebenen Trends im Arbeitsmarkt tatsächlich genügend ernst nimmt. So ist es angesichts des sich weiter verschärfenden Strukturwandels und der wachsenden Mobilität zwischen Berufen und Berufsfeldern nicht einfach zu erklären, weshalb die berufliche Grundbildung stärker als in früheren Jahren als Vorbereitung auf den Lehrberuf konzipiert wird. Die Relativierung fachlicher Inhalte und die Abschaffung von Abschlussprüfungen lassen es als fraglich erscheinen, ob die Verbundpartner die Berufslehre

weiterhin auch als schulisch fordernde Ausbildung positionieren möchten; dabei wäre gerade dies angesichts des abnehmenden Anteils der Berufsbildung auf der Sekundarstufe II wichtig.

Ausblick

Anzuregen ist eine offene, kritische Diskussion darüber, ob die Reformen der letzten Jahre die Berufsbildung insgesamt gestärkt haben; diese Auseinandersetzung sollte nicht einfach im engeren Kreis der Verbundpartnerschaft, sondern unter Miteinbezug weiterer, wenn möglich politischer Akteure geführt werden. Wie denn, dies die Grundfrage, wäre die Berufsbildung weiterzuentwickeln, damit sich nicht weitere Kantone von ihr abwenden und sie nicht weiter an Terrain verliert?

Ein Weg könnte tatsächlich darin bestehen, die Berufsfachschule ihren Bildungsauftrag wieder ernster nehmen zu lassen. Orientieren könnte man sich dabei an folgenden vier Thesen.

1. Berufliche Grundbildungen sollen mehrheitlich anspruchsvoll bleiben; schulische Inhalte spielen dafür eine entscheidende Rolle.
2. Der «eigenständige Bildungsauftrag» der Berufsfachschule erfordert, dass sie den Blick auch über das Betriebliche (über die Anstellung im Lehrberuf) hinaus richtet.
3. Die «theoretischen Grundlagen der Berufsausübung» sollten Fachwissen und theoretische Zusammenhänge umfassen, die mindestens mittelfristig relevant sind.
4. Glaubwürdig überprüfbare Kompetenzen sind für die Schule zentral – ebenso wie glaubwürdige Prüfungsverfahren.

Im Konkreten sollte man sodann eine umfassende Reform der Inhalte des berufskundlichen Unterrichts ins Auge fassen, ausgehend von Überlegungen, wie sie nicht nur Avenir Suisse, sondern auch die Kantone (vgl. SBBK, 2019; Schellenbauer, Walser, Lepori, Hotz-Hart, & Gonon, 2010) bereits angestellt hatten. Anzustreben wäre eine Zweiteilung dieses Unterrichts. In einem «berufsübergreifenden Grundlagenbereich», einer «Berufsfeldkunde» gewissermassen, die sich z.B. an den BM-Ausrichtungen ausrichtet, würden Fachinhalte in an Fächern orientierten Modulen unterschiedlicher Niveaus (z.B. 2-3) unterrichtet, denen sich die einzelnen Berufe dann zuordnen liesse. Ein zweiter Bereich bestünde in einem «berufsspezifischen Vertiefungsbereich», der zwar ebenfalls primär auf die Vermittlung theoretischer Grundlagen und Fachwissen fokussiert, allerdings mit Blick auf die spezifische berufliche Tätigkeit. In beiden Bereichen wäre man zu einer Fokussierung auf das absolut Wesentliche gezwungen. Potenziell schnell veraltende, detaillierte Inhalte sollten gestrichen oder aber, wenn sie zeitweilig essenziell erscheinen, an die überbetrieblichen Kurse delegiert werden. Dringend zu diskutieren wäre auch die Einführung eines für alle Berufslernenden obligatorischen Englischunterrichts. Ausserhalb des engeren Kreises der Berufsbildung lässt sich nämlich nur schwer erklären, weshalb eine Ausbildung auf der Sekundarstufe 2 im fortgeschrittenen 21. Jahrhundert dieses Sprachfach nicht umfasst. Zweifellos würde die Einführung von Englisch von vielen Betrieben nicht begrüsst, aber sie wäre ein deutliches Zeichen gegenüber der Öffentlichkeit, dass die Berufsbildung die Zeichen der Zeit versteht.

Literatur

- Bundesversammlung. (2002). *Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) vom 13. Dezember 2002 (Stand am 1. Januar 2019)*. Bern: Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft.
- EDK. (2006). *Pressemitteilung: Mehr Abschlüsse auf Sekundarstufe II (13. November 2006)*. Bern: Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.
- Gonon, P., & Maurer, M. (2012). Educational Policy Actors as Stakeholders in the Development of the Collective Skill System: The Case of Switzerland. In M. R. Busemeyer & C. Trampusch (Hrsg.), *The Comparative Political Economy of Collective Skill Formation* (S. 126–149). Oxford: Oxford University Press.
- JUSO Schweiz. (2024). *Lehrstellen in der Schweiz: Faire Löhne und Arbeitsbedingungen statt Ausbeutung! Resolution verabschiedet an der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 21. April 2024 in Frauenfeld*. Bern: Jungsozialist*innen JUSO Schweiz.
- Leutenegger, F. (2022, 5. September). Filippo Leutenegger findet, «die Lehre ist der Königsweg», und wünscht sich zehn Wochen Ferien für Lernende. *Neue Zürcher Zeitung*, S. 16.
- Marti, R. (2023). Bildungsbericht 2023 — «Auch im Bildungssystem gibt es Kipppunkte» (Interview mit Stefan Wolter). Online: <https://www.bkd.be.ch/de/start/news/zeitungsartikel-einsteiger/bildungsbericht-2023.html> [10.10.2024].
- SBBK. (2019). *Eckwerte zum SBBK-Modell (in Ergänzung zum Dokument: Arbeitsgruppe Flexibilisierung / Entwurf Modell SBBK, 13.08.2019)*. Bern: Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz.
- SBFI. (2024). *Massnahmenpaket zur Stärkung der höheren Berufsbildung: Änderung Berufsbildungsgesetz (BBG) und Berufsbildungsverordnung (BBV). Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens*. Bern: Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation.
- Schellenbauer, P., Walser, R., Lepori, D., Hotz-Hart, B., & Gonon, P. (2010). *Die Zukunft der Lehre: Die Berufsbildung in einer neuen Wirklichkeit*. Zürich: Avenir Suisse.
- SKBF. (2023). *Bildungsbericht Schweiz 2023*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung.
- Strahm, R. H. (2008). Die entscheidenden Neunzigerjahre: Das Ringen um Reform und Aufwertung der Berufsbildung 1995 bis 2005. In T. Bauder & F. Osterwalder (Hrsg.), *75 Jahre eidgenössisches Berufsbildungsgesetz : politische, pädagogische, ökonomische Perspektiven* (S. 311–350). Bern: hep.
- Trampusch, C. (2010). The Politics of Institutional Change: Transformative and Self-Preserving Change in the Vocational Education and Training System in Switzerland. *Comparative Politics*, 42(2), 187–206.
- Wettstein, E. (2020). *Berufsbildung: Entwicklung des Schweizer Systems*. Bern: hep.
- Wettstein, E., & Gonon, P. (2009). *Berufsbildung in der Schweiz*. Bern: hep.